

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk. bei Selbstabholung 5,50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk. für einen Monat 6.— Mk. — Preis der Einzelnummer 30 Pf. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4598. — **Volkscheckkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13893. — **Verlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4598

Inseratenpreis: Die 7 gespaltene Kolonelleile oder deren Raum 2,50 Mk. bei Platzvorschrift 3.— Mk.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 2.— Mk. Reklame-Kolonelleile 10.— Mk. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die nächste Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Die Plünderungen in Berlin. Mahnahmen des Berliner Polizeipräsidenten.

Berlin, 22. November. (Eigene Drahtmeldung.) Die Plünderungen von Geschäften, vor allem Bekleidungs- und Lebensmittelgeschäften in Berlin dauern an. Es sind meist junge Burschen, die sich dabei betätigen. Zur Bekämpfung der Ausschreitungen wird, wie das Berliner Tageblatt erzählt, der Berliner Polizeipräsident im Laufe des heutigen Tages ein Verbot von Umzügen erlassen. Damit hofft er zunächst der schlimmsten Missetäter Herr zu werden. Für die Behörden seien derartige Maßnahmen durchaus kein erwünschter Schritt, sie seien aber notwendig geworden nicht zuletzt im Interesse der Verbraucher, da die Lebensmittelverteilung durch Umzüge nicht in Frage gestellt werden dürfe. Die Polizei sei um so mehr verpflichtet, mit aller Strenge gegen diese Vorkommnisse einzuschreiten, als sich die Angelegenheit für mehrere, das die Versammlungen und Umzüge zu parteipolitischen Zwecken in Szene gesetzt werden.

Ob das Verbot von Umzügen gerade das richtige Mittel ist, mag dahingestellt bleiben. Die bürgerliche Presse übertreibt wieder einmal stark die Gefahr eines linkssozialistischen Putschs. Die Vorgänge angesichts des Hungerstreiks bieten ihre eigene willkommene Handhabe. Sie weist nunmehr alle Mithinmung in den Massen über die ungeheure Lebensmittelverteilung, die zum Teil sicher auf Wucher auszuführen ist, mit den Plünderungsumzügen eines halbwilligen Mobs zusammen, um daraus sozialistische Putschabsichten zu konstruieren. Wahrscheinlich will man durch das Geschrei über den linkssozialistischen Putsch die Aufmerksamkeit von der Tatsache ablenken, daß durch das ganze Verhalten der bürgerlichen Parteien die reaktionären Tendenzen immer härter werden. Will man die Erregung der Massen bekämpfen, so muß die Arbeit dort einsetzen, wo die Ursachen der Erregung liegen, und die sind vor allem in verkehrten Maßnahmen auf dem Gebiet der Lebensmittelversorgung und in der Verhinderung der so notwendigen Gründung eines Finanz- und Steuerwesens zu suchen.

Vorüber sich die Reparationskommission einig ist.

Paris, 21. November. Wie der Temps mitteilt, werden die französische Delegation und der Vorsitzende der Reparationskommission, Louis Dubois, heute nachmittag von Millerand und dem zeitweiligen Ministerpräsidenten Bonnevay empfangen. Er werde ihnen die Ergebnisse der Mission der Reparationskommission in Berlin ausliefern. Der Temps glaubt zu wissen, daß entgegen anderen Nachrichten die Mitglieder der Reparationskommission darüber einig gewesen seien, von Deutschland die Regelung der nächsten beiden Zahlungen am 15. Januar und 15. Februar in vollem Umfang und zum festgesetzten Tage zu verlangen. Jede Diskussion mit der deutschen Regierung darüber und die Möglichkeit einer Revision des Zahlungsstatuts nach Ablauf der beiden Fälligkeitstage sei abgelehnt worden. Unter den Mitgliedern der Kommission habe es gewisse Meinungsverschiedenheiten über das einzuschlagende Verfahren gegeben; aber über die Sache selbst habe es so wenig Meinungsverschiedenheiten gegeben wie über die Prinzipien. Nachdem — so schließt der Temps — die am 15. Januar und 15. Februar fälligen Beträge gesichert seien, werde die deutsche Regierung mehr Zeit haben, über langfristige Anleihen im Auslande zu verhandeln und die deutschen Finanzen zu sanieren.

Paris, 21. November. (DN.) **Matin** meldet aus London: Hier wird bekannt, daß Sir John Bradburn, der erste britische Delegierte in der Reparationskommission, dem Reichskanzler Dr. Brüning bei den Berliner Verhandlungen der Kommission folgende Erklärung abgegeben hat:

Deutschland kann und muß bezahlen. Die Reparationskommission hat dahin entschieden, daß die Zahlungsbedingungen nicht abgeändert werden. Deutschland ist reich an Hilfsquellen, und alle seine Fabriken arbeiten. Bei dieser Sachlage ist Deutschland imstande, sich die erforderlichen Kredite zu beschaffen.

Dr. Brüning über den Stand der Reparationsfrage.

Berlin, 22. November. (Eigene Drahtmeldung.) In der heutigen Sitzung des Steueraususses des Reichstages wird der Reichskanzler seine Erklärung über den Stand der Reparationsfrage nach den Besprechungen mit der Reparationskommission abgeben. In diesem Zusammenhang wird er sich über die Industriekrise und über das jüngste Schreiben des Reichsverbandes der deutschen Industrie äußern.

Die Verhandlungen Stinnes in London.

Berlin, 22. November. (Eigene Drahtmeldung.) Stinnes hat in London eine Reihe von Konferenzen mit hervorragenden eng-

lischen Finanzleuten und Industriellen abgehalten. Man behauptet, daß er die gleichen Ziele verfolge, die Geheimrat Deutsch vor wenigen Wochen in London propagiert habe, nämlich eine Wiederaufrichtung Rußlands durch gemeinsame Aktion der deutschen, englischen und amerikanischen Wirtschaft.

London, 20. November. (WTB.) Die Ankunft von Hugo Stinnes in London erregt in der Presse beträchtliches Aufsehen. Die Blätter ergehen sich in Mutmaßungen über den Zweck seiner Reise. Blättermeldungen zufolge wird am 1. d. M. mitgeteilt, daß Stinnes nicht auf die Einladung Lloyd Georges oder der britischen Regierung nach London gekommen sei, und daß über seine Absichten nichts bekannt sei.

Um das Schicksal der Deutschen Werke.

Paris, 22. November. (WTB.) Gestern nachmittag verhandelten Ministerialrat Dr. Schäfer vom Reichsschatzamt und Dr. Funke von den Deutschen Werken in Spanien, die als Sachverständige in der Frage der Deutschen Werke nach Paris entsandt worden sind, mit den militärischen Sachverständigen der interalliierten Kommission von Versailles. Eine Reihe technischer Fragen wurde von den deutschen Vertretern ausführlich beantwortet. Die Versailler Kommission wird über die Unterredungen an die Politikerkonferenz berichten, die dadurch ihre Entscheidung treffen wird. Die deutschen Sachverständigen treten heute die Rückreise nach Berlin an.

Berlin, 21. November. (WTB.) Heute vormittag 9 Uhr erschien General Kollert in Begleitung seines Stabes in den Deutschen Werken, um sich persönlich zu orientieren. Die Vorstände beider Werke im Verein mit einem Vertreter des Zentralbetriebsrats gaben Herrn Kollert und seinen Begleitern Gelegenheit, sich davon zu überzeugen, daß die von den Deutschen Werken erhobenen Beschwerden in allen Teilen voll berechtigt sind. Herr Kollert erklärte zum Schluß, daß er irgendeine Entscheidung nicht treffen könne, sondern daß hierzu allein der Wirtschafterrat ermächtigt sei. — Wie die TU. meldet, wird General Kollert am Mittwoch auch das Werk in Erfurt besuchen.

Berlin, 22. November. Der Deutschen Allgemeinen Zeitung zufolge ist gestern die Delegation der Genfer Arbeiterverschutzkonferenz in München eingetroffen, um die dortigen Deutschen Werke zu besichtigen. Die Spanbauer Betriebe wurden gestern von einer Anzahl ausländischer Pressevertreter besichtigt.

v. Englander auf „Urlaub“.

Berlin, 22. November. (Eigene Drahtmeldung.) Aus der Deutschen Nationalen Volkspartei wird der Süddeutschen demokratischen Korrespondenz mitgeteilt, daß sich der bekannte Oberst v. Englander von seiner politischen Tätigkeit zu Studienzwecken „beurlauben“ ließ. Manche eingeweihte Kreise behaupten, daß dies außerdem auch darauf zurückzuführen sei, daß Englander allmählich selbst den Deutschen nationalen unheimlich zu werden beginnt. Vor wenigen Tagen hat nach Meldung der gleichen Korrespondenz auch der Vorsitzende der Bayerischen Mittelpartei (Deutsche Volkspartei und Deutsche Nationalen) in Augsburg, Oberst v. Scheich, seine Parteikarte niedergelegt und sich vom Parteileben zurückgezogen.

Parlamentswahlen in Belgien.

Berlin, 22. November. (Eigene Drahtmeldung.) Nach den bisher bekanntgewordenen Teilergebnissen bei den Kammerwahlen in Belgien werden die belgischen Sozialisten im großen und ganzen dieselbe Zahl von Mandaten erhalten haben, die sie bisher inne hatten. Sie hatten gegen einen ziemlich fest geschlossenen Block von Liberalen und Katholiken zu kämpfen. Die Liberalen werden wahrscheinlich einen Sitz gewinnen und die Katholiken drei. Die flämisch-aktivistische Frontpartei hat Siege erlitten.

Die bisherige Kammer zählte 188 Mitglieder, und zwar 73 Katholiken, 70 Sozialisten, 34 Liberale, 5 Mitglieder der Frontpartei, 2 Mitglieder der Partei der ehemaligen Kriegsteilnehmer, 2 Mitglieder der Partei der nationalen Wiedergeburt, ein Mitglied der Mittelstandspartei. Der bisherige Senat, der ebenfalls neugewählt wird, umfaßte 120 Mitglieder, und zwar 63 Katholiken, 43 Liberale und 14 Sozialisten. Der neue Senat wird nach dem Geleß über die Umbildung des Senats 153 Mitglieder umfassen, und zwar 93 aus Wahlen hervorgehende Mitglieder, 40 von den Provinzialräten gewählte und 20 von den Senatoren selbst gewählte Mitglieder.

Die Erhebung in Karelleien.

Wie die Berlingske Tidende meldet, nimmt auch die Erhebung in Karelleien an Umfang zu. Die Karelleier hätten sich in den Besitz der Stadt Kem gefügt, wo die Bevölkerung fast einmütig sich ihnen angeschlossen habe. In Olone sei ein Aufstand ausgebrochen; die bolschewistische Streifexpedition, die die Ordnung wieder herstellen sollte, sei überrollt und bis auf den letzten Mann niedergemacht worden. Die Eisenbahnbrücke über den Fluß Smir sei in die Luft gesprengt worden; so daß die Verbindung mit Petersburg unterbrochen sei.

Steuergemeinschaft oder Sachwertbesteuerung?

P. P. Das völlige Versagen des bisherigen Steuersystems ist durch den finanziellen Zusammenbruch als Folge des Weltkrieges erwiesen. Sowohl die direkten wie die indirekten Steuern, die Arbeitslohn- wie die Besitz- und Vermögenssteuern sind durch ihre Unzulänglichkeit, den Mangel an wirtschaftlicher Fundierung und die Auswüchse der Steuerbureaucratie, die aus dem Wesen dieser Steuern unvermeidlich entstehen müssen, ab absurdum geführt. „Es herrscht ein Steuerwettrennen in Deutschland“, sagt sehr zutreffend Parvus in seiner Schrift „Aufbau und Wiedergutmachung“, „das jeder finanzwissenschaftlichen Voraussehung spottet, kein Maß und kein Ende kennt. Man sucht noch immer nach neuen Steuerobjekten, ohne jede volkswirtschaftliche oder sozialpolitische Unterscheidung, unter dem einzigen Gesichtspunkte, ob man zupacken kann, ganz egal, ob es sich um Gewerbe, Verkehrs-, Verbrauchssteuern, Kapital- oder Einkommensteuern handelt. Das wirtschaftliche Leben des Landes ist von einem komplizierten Netz von Steuern umspunnen, das die wirtschaftliche Entwicklung schlimmer hemmt, als die mittelalterlichen Zollstrahlen. Vor allem aber sind die Steuerfüße so enorm gesteigert worden, daß der Steuermechanismus versagt. Daß die Steuererträge hinter den Voranschlägen zurückbleiben, ist noch nicht einmal das Entscheidende dabei. Das wichtigste ist, daß diese hohen Steuern in einer Weise abgewälzt werden, die ihre finanzielle Wirkung illusorisch macht.“ Parvus schildert weiter, wie durch die gesanderte Stellung Deutschlands innerhalb der Weltwirtschaft die Ueberwälzbarkeit der Steuern begünstigt wird, „weder der Produzent noch der Händler zahlt sie, sondern der Konsument in dem erhöhten Preis. Durch die Steigerung unserer Verbrauchssteuern haben wir den Preisabbau stark gehindert, so daß dem Konsumenten nichts anderes übrigblieb, als seinen Verbrauch einzuschränken. Mit der Einschränkung des Konsums verringert sich auch die Industrie. Arbeitslosigkeit, Teuerung und gesteigerte Lohnforderungen sind die Folgen.“ Für die direkten Steuern konstatiert Parvus dieselbe Ueberwälzung. „Der Industrielle wie der Kaufmann und der Landwirt berechnen jetzt im voraus die Steuern, die sie zu zahlen haben werden und schlagen derartig die Preise auf, daß ein entsprechend höherer Gewinnertrag herauskommt. Nach Abzug der Steuern verbleibt dann die übliche Dividende. Die Abschlässe der Aktiengesellschaften zeigen uns, daß diese nicht geringer, sondern höher geworden ist. Das beweist, daß die Preise noch über das Maß der Besteuerung der entsprechenden Gesellschaften gesteigert wurden. Sie mußten höher gesteigert werden, da ja das Dividendeneinkommen des einzelnen Aktienbesizers wiederum hoch besteuert wird. Der Aktienbesitzer verlangt von der Gesellschaft, die er finanziert daß sie ihm eine Dividende zahlt, die, wiederum nach Abzug der Steuern, ihm eine angemessene Kapitalverzinsung gewährt. Aus dem gleichen Grunde steigt der Diskontozins resp. der Zinsfuß. So tritt eine Verteuerung der Produktion auf der ganzen Linie ein und wird von der einen Stufe der Produktion zur andern mit übertragen und noch weiter gesteigert.“ Das herrschende Steuerohrwabohu, die sozialökonomische Auswirkung der jetzt geltenden Steuern sowie die Unmöglichkeit, mit ihrer Hilfe zu einer Bilanzierung und Gefahrung des Staatshaushaltes zu kommen, kann anschaulicher wie in den vorstehenden Zeilen nicht gezeigt werden.

Das absolute Versagen des bisherigen Steuersystems wird offenbar angesichts des Riesendefizits im deutschen Staatshaushalt und der Steuerentwürfe der Reichsregierung, die gegenwärtig im Steuerauschuß des Reichstags beraten werden.

Das, was getan werden muß und kann, ist durch den Zusammenbruch des ausgesprochen kapitalistischen Finanz- und Steuersystems angezeigt: Erhebliche Steigerung des Ertrages bei gleichzeitiger Vermeidung der heute so verhängnisvollen wirtschaftsfeindlichen Folgen. Das kann offenbar nur erreicht werden, wenn die Steuern fest und sicher auf dem ökonomischen Fundament ruhen, d. h. da erhoben werden, wo die notwendige Tragfähigkeit vorhanden ist. Von den Besitzern der Produktionsmittel im weitesten Sinne des Wortes. Der Gedanke ist verhältnismäßig neu. Obwohl dem Charakter der kapitalistischen Gesellschaft entsprechend, hat sich selbst die sozialistische Steuertheorie erst spät damit vertraut gemacht. In seiner 1909 erschienenen Schrift „Das arbeitende Volk und die Steuern“ hat Karl Kerner als erster die Forderung aufgestellt, daß „die Steuerform, die immer mehr das Rückgrat des Staatshaushalts bilden wird, die im Betriebe selbst eingehobene Ertragssteuer ist, die den Mehrwert unmittelbar an der Quelle faßt.“ Das ist mit andern Worten die Forderung der Besteuerung der Sachwerte, die nunmehr zur Kampfsparole des deutschen Proletariats geworden ist. Von bürgerlicher Seite kann der sozialistischen Forderung der Sachwertbesteuerung als ernst zu nehmender Steuerplan nur die „Steuergemeinschaft“ entgegengestellt werden, deren neuerlicher Verfechter Georg